

3 **Das gute Leben für alle ist machbar**

4 **Rote Punkte der KPÖ für Niederösterreich**

5
6 Die Welt ist im Umbruch. Wachstumsgrenze, Massenarbeitslosigkeit und Armut, Kriegsgefahr, Klimawandel,
7 Staatszerfall und massenhafte Fluchtbewegungen zeigen, dass das herrschende Wirtschaftsmodell ausgedient
8 hat. Gleichzeitig sitzt es gestützt durch nationale und internationale Institutionen fest im Sattel.
9 Noch immer leben die Menschen im globalen Norden auf Kosten von Menschen und Umwelt im globalen Süden.
10 Zusätzlich wird diesen Menschen, wenn sie aus ihrem zerstörten sozialen und ökologischen Umfeld flüchten
11 müssen, die Existenzberechtigung abgesprochen – zum Erhalt des eigenen Wohlstands wird ihr Tod
12 hingenommen. Dagegen stemmt sich die KPÖ mit aller Kraft. Auch in eigenem Interesse. An den Flüchtlingen
13 wird heute ausprobiert, was die Herrschenden morgen gegenüber uns allen umsetzen können.
14 Nur legale Fluchtwege können das Massensterben im Mittelmeer beenden. Europa muss gefahrenfreie Wege für
15 Flüchtlinge öffnen. Asyl ist ein Menschenrecht. Schutzsuchende haben das Recht auf menschenwürdige
16 Aufnahme und faire Asylverfahren. Es darf keine Zurückweisungen von Flüchtlingen an den Grenzen geben.
17 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar, sie haben weder Hautfarbe noch sind sie an ein Geburtsland
18 gebunden. Solidarität überwindet Grenzen und bleibt ein wertvolles Instrument unseres Kampfes.

19

20 Mit der Neuauflage von Schwarz-Blau in Österreich ist offen rassistische Politik mit atemberaubender
21 Geschwindigkeit zur Normalität in der Regierungsarbeit geworden. Dieser Rassismus zielt auf uns alle. Das
22 Bedienen fremdenfeindlicher Ängste verdeckt, befeuert durch Boulevardmedien, den rasanten Sozial- und
23 Demokratieabbau, der uns alle trifft. Das Tempo ist derart hoch, dass sich die Zivilgesellschaft erst langsam
24 dagegen zu formieren beginnt. Die KPÖ unterstützt nach Kräften alle Bewegungen, die sich gegen den
25 Ausverkauf der Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung der letzten Jahrzehnte stellt.

26

27 Wirtschaft und Politik halten ungebrochen am Wachstumsfetisch fest. Das richtet sich direkt gegen die
28 Überlebenschance der Menschheit. Die KPÖ ist davon überzeugt, dass die Themen Soziales, Umwelt,
29 Demokratie und Kriege nicht losgelöst voneinander angepackt werden können. Dem Klimawandel kann nur mit
30 einem radikalen Umdenken in der Wirtschafts- und Produktionsweise, dem Durchbrechen herrschender
31 Konsummuster, einer Raumordnung, die Arbeit, Wohnen, Verkehr und Ökologie zusammendenkt, einem neuen
32 Zusammenhalt in der Gesellschaft, der Herstellung sozialer Absicherung für alle Menschen, der Stärkung der
33 Zivilgesellschaften und dem Ausbau von Demokratie begegnet werden. Die KPÖ fordert, dass die Menschen auf
34 allen politischen Ebenen in Entscheidungen, die ihr eigenes Lebens- und Arbeitsumfeld betreffen, eingebunden
35 und an deren Gestaltung beteiligt werden.

36

37 Auch wenn viele Belange europaweit oder national geregelt werden, gibt es Möglichkeiten im Land, in den
38 Städten und Regionen Rahmenbedingungen für emanzipatorische, soziale und ökologische Politik zu schaffen. In
39 diesen Bereichen setzt die KPÖ in Niederösterreich ihre Arbeitsschwerpunkte:

- 40 ➤ Arbeit und soziale Sicherheit – bedingungslose soziale Sicherheit für alle erkämpfen
- 41 ➤ für eine Wende in der Verkehrspolitik – Vorrang für öffentliche Mobilität und Umwelt
- 42 ➤ Wohnen darf nicht arm machen

43

44 Die offizielle Landespolitik stellt die Entwicklung Niederösterreichs als einzigartige Erfolgsstory dar. Die Realität
45 schaut freilich für sehr viele Menschen ganz anders aus. Niederösterreich ist trauriger Vorreiter bei der Reduktion
46 selbst der bedarfsorientierten Mindestsicherung gewesen. Es ist das einzige Land, das Kilometer im
47 Bahnstreckennetz verliert, dafür Weltmeister im Bauen sinnloser Autobahnen und Ortsumfahrungen ist. Nachdem

48 das Wohnen in den Ballungszentren für immer mehr Menschen unleistbar geworden ist, verlagert sich das
49 Problem in Wellen in die Region.

50

51 In allen diesen Bereichen braucht es Alternativen und den Willen, zu gestalten und gesellschaftsbildend zu
52 verändern.

53

54 **Arbeit und soziale Sicherheit, die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes – bedingungslose**
55 **soziale Sicherheit für alle erkämpfen.**

56 Soziale Kälte ist das Credo dieser Politik, Medien und Experten, die uns einzubläuen versuchen, dass soziale
57 Leistungen nicht mehr finanzierbar seien. Die statt dessen Eigenvorsorge und Verzicht fordern und mit
58 Almosenverteilung verhindern, dass die Menschen über die Hintergründe nachdenken.

59

60 **Wirtschaftspolitik**

61 Die enorme Entwicklung der Produktivität ist mit einer immer größeren Kapitalkonzentration bei den internationalen
62 Konzernen verbunden. Dem wachsenden Vermögen einer kleinen Minderheit steht eine Verschlechterung der
63 Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten und zunehmende Armut gegenüber. Die erarbeiteten Werte fließen in
64 Gewinne und Aktien, statt den arbeitenden Menschen zugute zu kommen.

65

66 Den sterbenden Industriestandorten, der Absiedlungspolitik internationaler Konzerne und den Pleiten etlicher
67 Firmen der Privatwirtschaft ist auch in Niederösterreich wenig entgegengesetzt worden, das nachhaltig wirkt.
68 Kurzfristiger Profit gilt mehr als eine auch in Zukunft tragfähige Entwicklung des Landes.

69

70 **Die KPÖ kämpft für:**

- 71 ➤ Wir fordern nachhaltige Wirtschaftspolitik: Die Wirtschaftspolitik muss von der Förderpolitik für Multis und
72 große Konzerne auf den Boden nachhaltiger Standortentwicklung geholt werden: Wer
73 Betriebsförderungen und Steuernachlässe bekommt, muss sich für den Erhalt von Arbeits- und
74 Ausbildungsplätzen verpflichten. Oder die Gelder zurückzahlen.
- 75 ➤ Wir fordern Vorrang für öffentliches Eigentum. Das schließt den Erhalt vorhandenen öffentlichen
76 Eigentums ein. Nur so kann das Land Wirtschafts- und Sozialpolitik gestalten.
- 77 ➤ „Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum“ bleiben leere Versprechen bei Sonntagsreden, ohne
78 Investitionen in öffentliche Infrastruktur. Erst damit kann regional Beschäftigung geschaffen werden und
79 Wertschöpfung, die in der Region bleibt.
- 80 ➤ Während gegen den „Pfuscher“ als Nachbarschaftshilfe Stimmung gemacht wird, nutzen Unternehmen
81 meist ungestraft Schwarzarbeit für gezieltes Lohn- und Sozialdumping. Wer ArbeiterInnen nicht regulär
82 beschäftigt, muss von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Nicht die ArbeiterInnen sollen
83 bestraft werden, sondern die Unternehmen.
- 84 ➤ Unternehmen sollen aliquot zur Beschäftigtenzahl Lehrlinge ausbilden und bei Nichterfüllung eine
85 Abgabe zweckgebunden für Lehrwerkstätten zahlen, die in der Höhe den Kosten eines
86 Ausbildungsplatzes entsprechen.
- 87 ➤ Ausbau der regionalen Wertschöpfung und Zukunftsperspektiven für ländliche Regionen.
- 88 ➤ Förderung von alternativen Wirtschaftsmodellen wie Gemeinwohlökonomie, genossenschaftlichen
89 Finanzierungsmodellen und entsprechender Initiativen von Wirtschaftstreibenden.

90

91 **Beschäftigung und Einkommen:**

92 Arbeitsrechte stehen auf der Abschlusliste. Die Realität für immer mehr Menschen, auch in Niederösterreich sieht
93 bereits heute so aus: Mehr Wochen-Arbeitsstunden, später in Pension, mehrere prekäre Jobs gleichzeitig – und kein
94 Einkommen zum Auskommen. Die Schere der Ungleichbezahlung und -behandlung von Frauen im Arbeitsprozess
95 geht weiter auf. Keine Chance auf einen Job, geschweige denn auf den Wunsch-Arbeitsplatz. Bankrott nach dem

96 erzwungenen Weg in die Selbstständigkeit. Zu alt für den Posten und das Arbeitsamt steigt dir auf die Zehen; zu jung
97 und zu unerfahren für diesen Arbeitsplatz, Löhne, Gehälter oder Arbeitslosengelder, die in vielen Fällen eine Teilhabe
98 an einem würdigen Leben in der Gesellschaft nicht möglich machen. der Druck des „Immer schneller, immer mehr“
99 – kurz Zukunfts- und Existenzängste – verunsichern immer mehr Menschen und machen sie auch krank.

100
101 Immer noch gibt es deutlich weniger offene Arbeitsstellen als arbeitslos gemeldete Menschen. Statt einer durch die
102 enorme Produktivität längst möglichen Arbeitszeitverkürzung hat Österreich durch die Flexibilisierung heute eine
103 der längsten Wochenarbeitszeiten Europas. Die Zahl der geleisteten Überstunden, oft unentgeltlich und ohne
104 Zeitausgleich, steigt vor allem mit dem neuen Arbeitszeitgesetz weiter. Jede Ausweitung der Arbeitszeiten geht
105 vor allem auf Kosten von Frauen, Familien und sozialen Kontakte.

106 107 **Die KPÖ kämpft für:**

- 108 ➤ Ein Konzept zur Schaffung gesellschaftspolitisch sinnvoller, nachhaltiger neuer Arbeitsplätze auch außerhalb
109 der Ballungszentren. In den Bereichen Bildung, Mobilität, Soziales, Pflege, Gesundheit und Betreuung
110 mangelt es eklatant an bezahlten Arbeitsplätzen. Denn: Uns geht nicht die Arbeit aus, sondern die
111 Bezahlung derselben.
- 112 ➤ Eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich und eine
113 Reduzierung der Lebensarbeitszeit. Dies würde auch eine Verringerung der immer noch steigenden
114 Arbeitslosenzahlen bringen und mehr jungen Menschen eine Chance auf Beruf und Einkommen geben.
115 Der freie Sonntag muss bleiben.
- 116 ➤ Einen gesetzlichen Mindestlohn von netto zehn Euro/Stunde, auch um den Niedriglohnsektor anzuheben
117 und den Einkommensunterschied zwischen Frauen- und Männereinkommen vor allem in diesem Bereich
118 zu beenden. Für Vollzeit-Beschäftigte (auf Basis 38,5 Wochenstunden) verlangen wir einen gesetzlichen
119 Mindestlohn in der Höhe von netto 1.750,- Euro monatlich (wertgesichert), damit man von einem
120 Vollzeitjob auch tatsächlich leben kann.
- 121 ➤ Gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit.
- 122 ➤ Die Umstellung der Leistungen des AMS hin zur Hilfe und Betreuung der von Arbeitslosigkeit betroffenen
123 Menschen. Statt Druck und Kontrolle auszuüben, die Menschen in teilweise sinnlosen Kursen zu parken,
124 müssen effektive Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungsprogramme bezahlt werden.
- 125 ➤ Bei der Neubesetzung von Posten in der Verwaltung müssen Frauen bei gleicher Qualifikation unbedingt
126 bevorzugt werden.
- 127 ➤ Schaffung ausreichend vieler, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungseinrichtungen mit entsprechend
128 abgestimmten Öffnungszeiten als wesentliche Voraussetzung für mehr Chancengleichheit von Frauen
129 im Berufsleben.
- 130 ➤ Die soziale Absicherung prekärer Arbeitsplätze.
- 131 ➤ Abgeltung von Teuerung und Produktivität.
- 132 ➤ Keine Senkung der Lohnnebenkosten, weil sie einen Teil der sozialen Absicherung in Österreich
133 darstellen.

134 135 **Soziale Sicherheit:**

136 Armut ist vielgestaltig. In unseren reichen Ländern aber vor allem: Weiblich, alt, hat Migrationshintergrund und ist
137 unsichtbar. Unsichtbar vor allem in Niederösterreich, dem Bundesland, in dem es nicht einmal für einen
138 Armutsbericht reicht. Das Auseinanderklaffen zwischen dem wachsenden Reichtum einer kleinen Minderheit auf
139 der einen und der wachsenden Armut auf der anderen Seite ist für die regierenden Parteien in Niederösterreich
140 kein Thema. Niederösterreich war das erste Bundesland, das selbst die bedarfsorientierte Mindestsicherung
141 gekürzt und an Bedingungen geknüpft hat. Das grenzt Menschen aus der Gesellschaft aus: Betroffen sind Kinder,
142 alleinerziehende Mütter, Menschen, die an Einkommensarmut leiden. 67.000 Menschen lebten bereits 2010 als
143 „working poor“, sind also trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet.

144

145 **Die KPÖ kämpft für:**

- 146 ➤ Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen.
- 147 ➤ Sozialhilfe, Heizkostenzuschuss und Mindestsicherung sind unzureichende Instrumente, um Menschen
- 148 in finanziellen Notsituationen wirklich zu helfen. Sie sind schambehaftet oder Kontrollinstrumente. Daher
- 149 fordert die KPÖ ein personenbezogenes, bedingungsloses Grundeinkommen.
- 150 ➤ Arbeit schützt immer weniger vor Armut. Wir fordern daher die Einführung von gesetzlichen
- 151 Mindestlöhnen und die Angleichung der sozialen Hilfsleistungen an die Lebenshaltungskosten in
- 152 Österreich.
- 153 ➤ Als Sofortmaßnahmen: Die Rücknahme der Kürzung bei der bedarfsorientierten Mindesthilfe. Keine
- 154 Anrechnung von andern Hilfsleistungen – Wohnbeihilfe – auf die Höhe der Mindestsicherung. Keine
- 155 Verknüpfung mit Bedingungen für den Erhalt der vollen Mindestsicherung.
- 156

157 Zur Unsicherheit im Sozialen System kommt die Misere im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich.

158 Privatspitäler bekommen mehr Geld. Das öffentliche Gesundheitssystem wird ausgehungert. Die KPÖ kämpft für

159 eine erstklassige Gesundheitsversorgung für alle!

160

161 **Grundversorgung:**

162 Auch in Niederösterreich steht das öffentliche Eigentum unter enormem Privatisierungsdruck. Die landeseigene

163 EVN wurde schon 1988 und 1989 durch Börsengänge teilprivatisiert – im Ergebnis sind heute 32,5 Prozent im

164 Eigentum des deutschen Atomkonzerns EnBW. Aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben ist das Land

165 Niederösterreich, das seine Anteile über die NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH hält, noch mit 51 Prozent

166 Mehrheitseigentümer der EVN AG. In Niederösterreich werden von der EVN rund 800.000 Kunden mit Strom,

167 280.000 Kunden mit Gas und 40.000 Kunden mit Wärme versorgt. Die EVN beliefert darüber hinaus mehr als

168 500.000 Einwohner in Niederösterreich mit Trinkwasser.

169

170 **Die KPÖ kämpft für:**

- 171 ➤ Strom, Wasser, Post und Telekommunikation, Gesundheitsvorsorge und andere Bereiche der
- 172 Grundversorgung gehören grundsätzlich in öffentliches Eigentum. Nur so können sie Instrumente im
- 173 Sinne einer sozialen und sinnvollen Entwicklung einer Gesellschaft sein.
- 174 ➤ Rücknahme von Privatisierungen in diesen Bereichen, wo sie Landeskompetenz betreffen.
- 175 ➤ Die Einführung einer kostenlosen Grundsicherung für Haushalte an Wärme und Licht – entsprechend
- 176 dem Konzept einer kostenlosen Energiegrundsicherung der KPÖ (www.energiegrundsicherung.at)
- 177

178 **Grundeinkommen:**

179 **Die KPÖ fordert** ein personenbezogenes bedingungsloses emanzipatorisches Grundeinkommen (BGE) in

180 existenzsichernder Höhe für alle, die hier leben. Finanziert werden kann das durch eine radikale Umverteilung

181 des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums. Es entspricht unserer Einstellung zu den Grundrechten, dass wir

182 ein Netz bedingungsloser Unterstützungen und freien Zugang zu wichtigen Infrastrukturleistungen

183 (Energiegrundsicherung, Freifahrt, Bildung, ...) zum Ziel haben. Beim BGE geht es für die KPÖ nicht nur um die

184 Verteilung von Geld, sondern auch um die Verteilung von Arbeit, Zeit und Ressourcen.

185 (www.grundeinkommen.at)

186

187 **Für eine Wende in der Verkehrspolitik – Vorrang für öffentliche Mobilität und Umwelt.**

188 Niederösterreich ist unter die Räder gekommen. Die Landesregierung verschleudert Unsummen für den Aus- und

189 Neubau von Straßen und Ortsumfahrungen – Investitionen, die größtenteils mehr belastenden Verkehr bringen, statt

190 diesen einzudämmen. Mit der geplanten Waldviertelautobahn wird der jetzt schon massiv belastende

191 Transitverkehr weiter ansteigen. Ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Verkehr fehlt. Mit den Nachbarstaaten

192 ausgehandelte Lückenschlüsse im Bahnverkehr sind von Niederösterreich gebrochen worden – stattdessen
193 werden Gleiskörper zerstört, um Tourismus-Radwege zu schaffen. Die Ausdünnung der Regionalbahnen als
194 Folge der ÖBB-Politik der Bundes- und Landes-Regierung hat die Verkehrsmisere weiter verstärkt. Durch die
195 strukturellen Probleme ist Niederösterreich noch stärker „zum Pendlerland Nummer eins“ geworden.
196 Feinstaubbelastung, Lärm, Parkplatzmisere, Stau und verlorene Zeit – der Autoverkehr hat seine Grenzen längst
197 überschritten, ein Umdenken ist notwendig.

198

199 **Die KPÖ kämpft für:**

- 200 ➤ Absoluten Vorrang für den öffentlichen Verkehr.
- 201 ➤ Erhaltung und Wiederherstellung der Regionalbahnen. Es gibt genug gute Beispiele, wie regionaler
202 Bahnverkehr wirtschaftlich sinnvoll betrieben werden kann – etwa die Salzburger Landesbahnen.
- 203 ➤ Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser.
- 204 ➤ Vielfach muss Infrastruktur gar nicht neu gebaut werden. Die Verdichtung der Intervalle und Angebote
205 auch in den Abend- und Nachtstunden und in der Freizeit würde ausreichen, um Bahn und Bus attraktiv
206 zu machen.
- 207 ➤ Ein Gesamtkonzept für den Ausbau und die Verdichtung des Bahn- und Busangebots auch in der Fläche
208 muss – in Zusammenarbeit mit den umliegenden (Bundes-)Ländern – erarbeitet werden. Bis dahin
209 sofortiger Stopp geplanter und begonnener Straßenausbauten und weiterer Ortsumfahrungen.
- 210 ➤ Kein Bau der Waldviertel Autobahn.
- 211 ➤ Stopp des Baus der dritten Piste am Flughafen Schwechat.
- 212 ➤ Die KPÖ fordert die Freifahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das entlastet das Budget privater
213 Haushalte sofort spürbar und schafft über die steigende Nachfrage neue, sinnvolle Arbeitsplätze. Eine
214 Studie der E-Control besagt, dass 70 Prozent aller Ausgaben für den Öffentlichen Verkehr von der
215 Bevölkerung über Abgaben bereits jetzt selbst finanziert werden. Es ist also wieder einmal eine Frage
216 der Verteilung und des Wollens, nicht der Machbarkeit.
- 217 ➤ Einführung einer Nahverkehrsabgabe der Unternehmen, als zusätzliche Einnahmequelle für den
218 öffentlichen Verkehr.
- 219 ➤ Ausbau des Radwegenetzes für den Alltagsverkehr zwischen den Gemeinden. Schaffung von sicheren
220 Radabstellplätzen an Bahnhöfen und bei wichtigen Infrastruktureinrichtungen.

221

222 **Wohnen darf nicht arm machen – Schaffung eines hochwertigen Lebensumfeldes für die**
223 **Menschen.**

224 Immer mehr Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten, ohne eine selbst sehr bescheidene
225 Lebensführung zu gefährden. Die Mieten bleiben der Preistreiber schlechthin. Viele Menschen müssen schon 40
226 Prozent und mehr von ihrem Einkommen nur für das Wohnen ausgeben. Schuld sind weit über der Inflationsrate
227 steigende Mieten und Betriebskosten. Letztere werden auch von Gemeinden, die über Wasser-, Kanal- und
228 Müllgebühren ungesetzlich ihre Budgets sanieren, immer mehr in die Höhe getrieben.

229

230 Auch wenn in Niederösterreich die Mehrheit der Menschen im Eigentum lebt und Eigenheime gefragt sind, ist die
231 stärkere Förderung von Eigentum aus Mitteln der NÖ Wohnbauförderung zu hinterfragen. Es forciert die weitere
232 Zersiedelung und damit die stückweise Zerstörung unserer Lebensumwelt.

233

234 Es führt kein Weg daran vorbei, dass überregional geplant und Wohnen, Verkehr, Infrastrukturangebote und
235 Arbeitsplatzansiedlung zusammen gedacht werden.

236

237 **Die KPÖ kämpft für:**

- 238 ➤ Wohnen darf kein Luxus sein – es ist ein Grundbedürfnis, für das die öffentliche Hand Mitverantwortung
239 hat. Am Notwendigsten sind rasch wirksame Änderungen beim Wohnbau, beim Mietrecht und soziale
240 Treffsicherheit der Wohnbauförderung.
- 241 ➤ Wohnbauförderungsmittel müssen wieder zweckgebunden für den Wohnbau verwendet werden.
- 242 ➤ Vorrang für die Schaffung leistbarer Mietwohnungen. Start einer Offensive im sozialen Wohnbau, direkt
243 durch die Gemeinden, da Private viel zu hohe Mieten verlangen.
- 244 ➤ Notwendig ist die Sicherung und Ausweitung von Wohnbeihilfen.
- 245 ➤ Wohnungsvergabe nach sozialen Kriterien.
- 246 ➤ Die Vereinfachung eines Mietrechtsgesetzes, das MieterInnen schützt und die Ausweitung seines
247 Anwendungsbereiches.

248 ... **Mietzinsobergrenzen und Hilfe in finanziellen Notlagen**

- 249 ➤ Die KPÖ ist für einheitliche, niedrige und verbindliche Mietpreisobergrenzen.
- 250 ➤ Die Abschaffung von befristeten Mietverhältnissen.
- 251 ➤ Mieten sollen von der Mehrwertsteuer befreit werden.
- 252 ➤ Die Pflicht, Mietverträge zu vergebühren soll ersatzlos gestrichen werden.
- 253 ➤ Kosten für Hausversicherungen und Grundsteuer sollen nicht mehr über die Betriebskostenabrechnung
254 an die Mieterinnen und Mieter weiterverrechnet werden.
- 255 ➤ Weg mit den Maklergebühren: Der Erstauftraggeber, das ist meistens der Vermieter, soll für sie
256 aufkommen.
- 257 ➤ Soziale Tarif- und Gebührengestaltung in den Städten und Gemeinden bei kommunalen
258 Dienstleistungen, im Wohnungs- und Sozialbereich. Gebührenstopp für Müll, Wasser und Kanal.
- 259 ➤ Wir fordern die Schaffung eines Kautionsfonds nach Grazer Vorbild.

260 ... **Stopp der Privatisierung und dafür die Wiederaufnahme kommunalen Wohnbaus**

- 261 ➤ Öffentlicher Wohnbau sichert dauerhaft leistbares Wohnen, deshalb braucht es mehr
262 Gemeindewohnungen.
- 263 ➤ Kein Verkauf von Gemeinde- und Landeswohnungen.
- 264 ➤ Keine Aufweichung der Gemeinnützigkeit durch höhere Gewinnausschüttungen an Investoren.
- 265 ➤ Die Sicherung von Grundstücken – jedenfalls ein Vorkaufsrecht für Gemeinden – für den sozialen
266 Wohnbau.
- 267 ➤ Wirksame Maßnahmen gegen die Grundstücksspekulation. Sie ist ein wesentlicher Preistreiber am
268 Wohnungsmarkt.
- 269 ➤ Meldepflicht für leerstehende Wohnungen.
- 270 ➤ Einführung einer Leerstandabgabe, die für den kommunalen Wohnbau zweckgebunden ist.

271 ... **eine Raum- und Verkehrsplanung, die sich auf die Entwicklung des Zusammenlebens in Städten und 272 Regionen positiv auswirkt**

- 273 ➤ Ein Umdenken in der Umwelt- und Klimapolitik muss grundlegend erfolgen. Dazu kann auch in den
274 Kommunen viel beigetragen werden: Über Baurichtlinien kann eine energieneutrale Bauweise
275 vorgeschrieben werden, vor allem auch für den großvolumigen Wohnbau.
- 276 ➤ Eine verdichtete Bauweise in bereits bestehenden Ballungszentren bei gleichzeitigem Baustopp auf der
277 grünen Wiese.
- 278 ➤ Bemühungen, das Wohnumfeld wieder attraktiv zu machen: Schaffung und Förderung von Räumen des
279 gesellschaftlichen Austauschs in den Gemeinden. Wie zum Beispiel Jugendzentren oder
280 SeniorInnen-Tagesstätten, als Orte des Zusammenseins ohne Konsumzwang. Förderung der
281 Wiederansiedlung von kleinräumig erreichbaren Nahversorgern und Gasthäusern bei den Wohn- und
282 Arbeitsstätten. Das Wegbrechen dieser, verbunden mit der Schließung von Bezirksgerichten,
283 Postämtern und Polizeidienststellen, hat zu einer verminderten Lebensqualität im ländlichen Bereich
284 geführt.
- 285 ➤ Schaffung neuer, gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze in kleinstrukturierten Einheiten (Pflege,
286 Kinderbetreuung, Mobilität, ...).

- 287 ➤ Eine gute Anbindung der Ballungsgebiete, aber auch der Fläche an den öffentlichen Verkehr – auch in
288 den Nachtstunden und in der Freizeit.
289 ➤ Dem öffentlichen Verkehr ist in Finanzierung und Planung absoluter Vorrang einzuräumen.
290 ➤ Schaffung von attraktiven, kurzen Wegen für Fahrradfahrerinnen und Radfahrer sowie für
291 Fußgängerinnen und Fußgänger. Es gilt hier vor allem, den öffentlichen Raum den Kindern anzupassen,
292 nicht die Kinder daraus fernhalten zu müssen. Daher begrüßen wir Ansätze wie Fahrverbote im Umfeld
293 von Schulen, Freizeiteinrichtungen und ähnlichen Orten in den Stunden, in denen die meisten Kinder
294 und Jugendlichen eintreffen oder wieder weggehen.

295

296 **Wohnen braucht Wärme und Licht.**

297 **Energieversorgung der Zukunft:** Die Energieversorgung ist heute noch immer in der Hand von Konzerne
298 mit den höchsten und weiter steigenden Profiten. Auch die Landesenergieversorger verhindern über
299 Monopolstellungen das Ausschöpfen der Potentiale die in alternativen Energiequellen liegen. Sind Wind, Sonnen
300 und Wasser doch regionale verfügbar und können so auch kleinräumig und demokratisch bestimmt
301 Energiegewinnung möglich machen. Gleichzeitig sind das Energiequellen, um die keine Kriege geführt werden
302 müssen und für die Umwelt nicht zerstört werden muss.

303

304 Energiearmut ist ein zunehmendes Problem in Österreich, auch wenn die Energieversorger selten Zahlen dazu
305 nennen. Die Wohnung nicht angemessen heizen zu können, ist nicht nur ein gesundheitliches Risiko. Es schließt
306 Menschen auch aus gesellschaftlicher Teilhabe aus. Gleiches gilt für Frauen, Männer, Kinder, denen der Strom
307 abgeschaltet wurde – lesen, lernen, kochen, waschen ... hier überall heißt es: nichts geht mehr. Die KPÖ fordert
308 einen kostenlosen Grundbezug an Energie – also Wärme und Licht – für private Haushalte.

309

310 **Die KPÖ kämpft für:**

- 311 ➤ Generelle amtliche Preisregelung für Treibstoffe, Heizöl, Strom und sonstige Energieformen.
312 ➤ Den Ausbau umweltfreundlicher Energieerzeugung.
313 ➤ Schaffung von regionalen, kleinräumigen Energieeinheiten in kommunalem Eigentum statt der
314 landesweit agierenden Energieversorger, weil solche Einheiten das Potential für Mitsprache und
315 Mitbestimmung beinhalten.
316 ➤ Anstreben von möglichst vielen Orten oder Regionen, die energieautark leben und wirtschaften können.
317 ➤ Durchforsten aller Bereiche nach Möglichkeiten für Energieeinsparungen (Lichtquellenwechsel auf LED,
318 Wärmedämmung vor allem für den großvolumigen Wohnbau, Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf
319 Elektromobilität mit Solarstrom, ...).
320 ➤ Sichere Energie ist regional gewonnene Energie: Jede Gemeinde oder Stadt hat Potentiale für
321 nachhaltige Energiegewinnung – diese müssen ausgeschöpft werden.
322 ➤ Für den Ausstieg aus der Verstromung von Kohle.
323 ➤ Für einen generellen Ausstieg aus der riskanten AKW-Technologie, Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag.
324 ➤ Anreize schaffen, um Forschungspotential (Technologieparks, höhere bildende Schulen) für
325 Niedrigenergiebereich, Speichertechnologie, neue Innovationen im Energiebereich zu forcieren.
326 ➤ Teilweise Abschöpfung der Profite der Energie- (Gas-, Strom-, Wasser-) Konzerne zugunsten der von
327 uns vorgeschlagenen **kostenlosen Energiegrundsicherung für Haushalte:** Damit soll abgedeckt
328 werden, was für den grundlegenden Wohn- und Lebensbedarf nötig ist. Was darüber hinaus verbraucht
329 wird, soll vom Preis her progressiv gestaltet werden. Finanziert werden kann das über eine
330 Teilabschöpfung der Gewinne der Energieversorger und den Mehrverbrauch. Die EVN ist, wie die
331 anderen Energieunternehmen auch, immer noch zu 51 Prozent im Eigentum des Landes NÖ. Die
332 Forderung der KPÖ nach der Einführung einer kostenlosen Energiegrundsicherung für Haushalte ist also
333 erfüllbar – den politischen Willen vorausgesetzt.

334

335 **Die KPÖ ist die Alternative zur herrschenden Politik in Österreich und in unserem**
336 **Bundesland.** Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und EU-Politik.
337 Wir machen Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Umverteilung von oben nach unten. Wir wollen
338 die Menschen darüber hinaus ermutigen, für ihre Interessen selbst einzustehen und aktiv zu werden.
339
340 Wir wissen, dass es nicht leicht ist, diese Vorschläge auch durchzusetzen. Das geht nur, wenn viele Menschen
341 gemeinsam handeln. Und die Kraft zum politischen Handeln ergibt sich nicht nur aus der persönlichen
342 Betroffenheit, sondern aus einer wachsenden Fähigkeit, die Gesellschaft zu analysieren und zu verändern.
343
344 Kommunistische Mandatarinnen und Mandatare, unsere Aktivistinnen und Aktivisten zeigen vor, dass es auch
345 anders geht. Für sie stehen die täglichen Anliegen der Menschen im Vordergrund. Für sie ist soziale
346 Verantwortung kein leeres Schlagwort.
347
348 Wir wollen die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir verbinden progressive Reformpolitik mit grundlegender Kritik
349 am Kapitalismus. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die in diesem Sinne eine andere Politik
350 und ein anderes Wirtschaften für wünschenswert, möglich und machbar halten. Wir wollen eine soziale Alternative,
351 einen Systemwechsel, eine solidarische Gesellschaft, und kämpfen für das Ideal einer Gesellschaft und
352 Bewegung, die von uns Sozialismus genannt wird.
353
354 **Eine andere Politik ist möglich – KPÖ!**
355
356
357 Grundlagen unserer politischen Arbeit:
358 ➤ „Roten Punkte für Niederösterreich“ ein Positions-/Aktionspapier, beschlossen auf der 23.
359 Landeskonferenz der KPÖ-NÖ am 13.06.2015
360 ➤ Frauenpolitische Programm der KPÖ (2014)
361 ➤ Die „Politische Plattform“ (2004) und das Konzept „für eine solidarische Gesellschaft“ (2011) der KPÖ
362 Weitere Infos unter: www.noe.kpoe.at